

Wer braucht einen Turm für 2,6 Mill. Förderung? Der RFW-Burgenland kritisiert Geldverschwendung

Bereits mehrfach hat sich der RFW gegen die Förderung eines Hotelturms in Parndorf ausgesprochen. Neben der Bedarfsfrage geht es vor allem um die Förderkosten. Der RFW ist davon überzeugt, dass diese Mittel weit besser in bodenständige Betriebe der Region investiert wären. Gerade im Raum Parndorf hat der Mittelstand, das Gewerbe, vor allem aber der Handel, durch die Politik der Gigantomanie in den letzten

Jahren besonders gelitten. Wenn jetzt bekannt wurde, dass dem Siemens-Großkonzern, trotz Abwanderungstendenzen für den Standort Siegendorf, 1,5 Mill Euro (allein von Bund und Land) für „Rationalisierungsinvestitionen“ gewährt werden, so ist die RFW-Forderung zugunsten der KMUs der Region nur recht und billig.

Leidige Segelpleite: Land ohne Wirtschaftskompetenz Rechnungshof kritisiert zurecht

„Es gibt wohl kein Bundesland, wo die Landesregierung so inkompetent agiert wie im Burgenland“, ist sich der RFW-Landesvorstand sicher.

Die zunehmenden Pleiten in der Wirtschaftspolitik sind wohl unübersehbar. Trotz höchstem Förderzuschuss der EU, und dies bereits seit 1996 (!), ist das Burgenland weiter Schlusslicht in der Wirtschaftsstatistik (BIP). Wirtschaftsmaßnahmen sind systemlos, die ständigen parteipolitischen Entscheidungen können nur für die Parteigänger der SPÖ mit Dilettantismus abgetan werden.

800.000 Euro ziellos vergeben

Dilettantisch ist wohl noch ein vornehmer Kommentar, den man nach erfolgter Prüfung des Rechnungshofes, empfindet.

Konkret wurden nach dem Konkurs der Segel WM-Gesellschaft die Prüfer tätig:

„Ohne Zielvorgaben“ wurden die 800.000 Euro vergeben.

Keine Förderziele

Nachdem seitens der Landesregierung keine messbaren Ziele vorgegeben wurden, konnten in der Folge keine geprüft werden. Das Land (sehr kompetent ?) habe sich keine Mitsprache gesichert, meinte zurecht der Rechnungshof.

Ein Beispiel mehr, wie die Herren Niessl, Bieler & Co mit dem Geld der Bürger umgehen. Konsequenzen - gibt es keine! Die SPÖ hat ja die absolute Mehrheit, im Landtag wie in der Landesregierung. „Selber schuld“ resignieren viele.

Der RFW-Vorstand ist anderer Meinung: Vielleicht gibt es im Herbst - einen neuen „Frühling“ - österreichweit. Und da werden die Karten neu gemischt ...

Klare Aufforderung zu noch mehr Durchzugsverkehr ?



Im Bund, im Land: Unzumutbares „Kasperltheater“

Wir Österreicher, vor allem wir Kleinunternehmer, sind schon einiges gewohnt. Vor allem von der Politik. Vor allem von jenen in der Politik, die vorgeben, die Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen. Längst wissen wir, dass dies Worthülsen sind, plakativ verbreitet um (scheinbar unwissende) Selbstständige für die nächste Wahl zu gewinnen. Besonders vorsichtig muss man sein, wenn jetzt plötzlich rote und sogar grüne „Volksvertreter“ zunehmend die KMUs als ihre Zielgruppe sehen.

Was ist beispielsweise der Steuerberater Matznetter für ein „Unternehmervertreter“, wenn er ständig die Kleinst- und Kleinverdiener entlasten will (und dabei nur an die SPÖ-Klientel denkt)?

Was ist die grüne Vizeobfrau Glavischnig für eine Wirtschaftsexpertin, die mit einer Steuerreform nur den Arbeitsunwilligen mit einer „Negativsteuer“ zu noch mehr Prämien fürs Nichtstun verhelfen will? Und: Burgenlands „Wirtschafts-Genies“ sind nicht besser. Aber, was will man von einer „Lehrerregierung“?

Wann kapierten all die selbsternannten Experten endlich, dass Ansprüche nur jene stellen können (sollen), welche etwas leisten.

Und damit sich deren Leistung verstärkt lohnt, muss hier die Steuerreform wirksam werden - und dies sofort,

meint Ihre
Mag. Elisabeth Krenn
RFW-Obmann-Stellvertreter



Statt Erträge für die Post:

RFW: Post soll endlich günstig und rasch zustellen Körpergeld gegen Papierhandel unzumutbar

„Kosten minimieren und Erträge maximieren“ nannte bei einer kürzlichen Filialeröffnung im Mittelburgenland ein Vertriebsdirektor das aktuelle Ziel der Post.

Demgegenüber sieht RFW-Landesobmann Karl Simon die Aufgabe der Post nicht in einer Selbstzweckorganisation, „um Erträge für sich selbst“ zu erwirtschaften. Denn die Post erfülle immer noch einen öffentlichen Auftrag. Dieser müsse darin liegen, im Interesse der Wirtschaft, aber auch der Konsumenten, Post rasch

und günstig zuzustellen. Wenn sie dieser Aufgabe nicht mehr nachkommen will oder kann, muss sie sich von ihrer „Monopolposition“ verabschieden.

Vor allem kann eines nicht sein, so Simon, dass sie mit ihrer offensichtlichen, derzeitigen Zweitstellung neben dem ursprünglichen, öffentlichen Auftrag auch noch dem niedergelassenen Einzelhandel Konkurrenz macht. Diese Aktivitäten sind jedenfalls uneingeschränkt den privaten Unternehmungen zu überlassen.

RFW kritisiert Athena Fonds: Zeit, Förderung endlich zu entpolitisieren!

Die bisherige „Bilanz“ des Athena Fonds zeigt eindeutig: Die Praxis der intransparenten Wirtschaftsförderung ist um ein Beispiel reicher: Fazit: Es ist höchste Zeit, den Reigen der verpolitisierten Fördereinrichtungen abzuschaffen. Die Förderwerber sollten endlich - mit einem Rechtsanspruch ausgestattet - durch eine unabhängige Einrichtung ihre Fördergelder bekommen.

BAWAG - Bank Burgenland - WIBAG

Der mit 30 Mill. Euro dotierte Athena Fonds wurde vor fünf Jahren von der WIBAG, der BAWAG und der Bank Burgenland gegründet. (Viele würden jetzt sagen, kein Wunder, dass keine brauchbaren Ergebnisse zu verzeichnen sind..)

Die Fondsführung gibt jetzt an, „für Klein- und Mittelbetriebe“ da zu sein. Und weiter:

„Und da wir aus EFRE (EU !) - Mitteln zu 50 % finanziert werden, ist Sitz oder Produktionsstätte im Burgenland erforderlich.“

RFW für Direktförderung

Neben der WIBAG und dem RMB hat sich das rot-schwarze Politduo im ebenfalls eigenen Technozentrum offenbar mit dem Athena Fonds ein weiteres „Standbein“ für die rot-schwarze Förderpolitik geschaffen. Versteht sich, mit eigener Bürokratie, eigenem Vorstand, Pöstchen aller Art, und - vor allem - den gesicherten Einfluss.

Der RFW fordert die unnötigen, unzähligen Institutionen endlich aufzugeben und statt dieser Parteibürokratie die Öffentlichen Mittel endlich direkt und unbürokratisch den KMUs zur Verfügung zu stellen.

SP-VP-Leistungsbilanz:

Wie man mit noch so vielen EU-Millionen scheitern kann

Dass man mit den roten Lehrern Niessl, Bieler, Dunst & Co nicht sehr viel an wirtschaftspolitischem Verständnis erwarten konnte, verwundert nicht. Verwundert ist man dennoch, dass mit mehr als 10 Milliarden ATS an EU-Fördermitteln die Burgenländische Wirtschaftssituation - im Vergleich mit anderen Ländern - nicht wesentlich verbessert werden konnte.

„Jetzt haben wir es schwarz auf weiß“, reagiert der RFW-Landesvorstand: Die aktuelle Statistik von EUROSTAT weist das Burgenland als „Schlusslicht“ beim regionalen Bruttoinlandsprodukt aus. Mehr

noch: Das Burgenland hat sich im internationalen Ranking gar noch verschlechtert. Unser Land schaffte es als einziges Bundesland, nicht über den EU-Schnitt zu kommen.

Man muss sich also schon die Frage stellen, wie viel mehr an Effizienz hätten bei dieser Milliarden-spritze andere Bundesländer erreicht?

Für den Ring Freier Wirtschaftstreibender (RFW) liegt die Ursache dieses Versagens klar auf der Hand: „Wenn man im letzten Jahrzehnt - bei den Milliarden-Subventionen von EU-Bund-Land - nicht

vom Fleck kommt, kann es nur daran liegen, dass die Parteibonzen von Rot und Schwarz in die falschen Betriebe investiert haben.“

Es hat sich längst bestätigt, dass Großinvestoren, Technozentren und Landesgesellschaften die Millionenförderungen kassiert haben, während die KMUs mit Almosen abgespeist wurden. Der RFW fordert daher neuerlich eine radikale Änderung dieser falschen Politik und endlich eine transparente und gerechte Fördersystematik, bei der alle Betriebe unabhängig ihrer Größe und Branche eine einheitliche Förderquote erhalten.

Noch ein EU-Programm: Ohne Wirkung für KMUs „Gewerkschaftsarbeit“

Nachdem so vieles bei der EU undurchsichtig bleibt, ist auch das nicht überraschend: Im Ziel 3-Förderprogramm geht es um die territoriale Zusammenarbeit mit Ungarn bis 2013.

Von insgesamt 82-EU-Millionen werden für das Burgenland 26 Millionen wirksam, der Rest in anderen östlichen Bundesländern und ungarischen Komitaten.

Wer erwartet hat, dass endlich auch Kleinbetriebe ohne parteipolitische Filterfunktion in den Genuss einer Förderung kommen,

muss wieder einmal enttäuscht werden: Die Gelder fließen in Infrastrukturprojekte wie niederrangige Straßen, Kulturaktivitäten, Wasserversorgung und - besonders wichtig - in die Gewerkschaftsarbeit.

„Keine spürbare Substanz für den gewerblichen Mittelstand“, ist der RFW enttäuscht, aber sicher eine willkommene Gelegenheit für rotschwarze Landespolitiker über eine Pressemeldung mit EU-Millionen auf sich persönlich aufmerksam zu machen.

Wie gehabt:

Förderpolitik schlittert von einem Dilemma ins andere ...

„Wer kennt sie nicht die Prestigebauten in Neutal, Ritzing, Oberwart, Siegendorf, Tatzmannsdorf, Sauerbrunn, Stegersbach usw., usw. - mit klingenden Namen wie Siemens, I&T, Eco-Tyre, etc. hinterfragt Mag. Elisabeth Krenn, Stv.-Obmann der RFW-Landesgruppe Burgenland.

Der Grund: Während sich das Land mit seinen Investitionen in den Thermenorten selbst großzügig bedient, werden parallel dazu Kleinbetriebe von der Förderung ausgeschlossen.

Abschied nach Superförderung

Kaum sind die Subventionen am Konto, sind die Supermanager auch schon wieder weg. Beispiele: Sportzentrum Ritzing, Innoteg in Kukmirn, oder die Neubauruine an der S 31 in Neutal. Das letzte Beispiel spricht für die besondere Qualifikation der Regierung: die Förderung floss bevor das Projekt fertig war.

Millionenvergeudung, aber niemand verantwortlich

Besonders verärgert ist Krenn über die für Kleinbetriebe ungerechte Einseitigkeit. Aber auch über die Arroganz mit der sich Politiker von Rot und Schwarz noch für

ihre Arbeitsplatzpolitik brüsten: Keiner, so Krenn, hat noch die Frage beantwortet, wie viele Arbeitsplätze mehr hätten geschaffen werden können, wären die Gelder in den Mittelstand geflossen.

Aus Fehlern nichts gelernt!

„Statt aus langjährigen Fehlern endlich zu lernen, wird die falsche Wirtschaftspolitik fortgesetzt!“ Krenn: Für den Pleitestandort Ritzing gibt es jetzt einen neuen (ausländischen) Investor - und eine neue Förderung.

„Wieder werden Millionen investiert, ohne dass über die Konsequenzen einer längst gescheiterten sozialistischen Politik (SP-Manager) nachgedacht wird!“

Das nächste Förder-„loch“: EUROVEGAS!

Zu allem Überdross ist die nächste Gigantomanie (1000 Arbeitsplätze) in „Vorbereitung“. Der rote Bürgermeister von Nickelsdorf freut sich auf ein Großcasino mit € 732 Millionen an Investitionskosten in der ungarischen Nachbargemeinde BEZENYE. Mit welchem Fördertopf der Steuerzahler mitzahlen wird ist (noch) nicht bekannt....